



Kiel, 21. Februar 2019

Nr. 052 /2019

Martin Habersaat:

Unsere Grundschulen zwischen Anspruch und Wirklichkeit

Martin Habersaat, bildungspolitischer Sprecher der SPD-Landtagsfraktion, zu drei Tagesordnungspunkten der heutigen (21.02.2019) Sitzung des Bildungsausschusses:

„Die Vorgaben aus den Lehrplänen werden so weit wie irgend möglich realisiert. Das bekannte die Bildungsministerin zum Schwimmunterricht. Hintergrund: Der Lehrplan Sport für die Grundschule sieht Schwimmen lernen und Schwimmen üben verbindlich vor. An 13 Prozent der Schulen in Schleswig-Holstein kann jedoch gar kein Schwimmunterricht angeboten werden.

Um Anspruch und Wirklichkeit ging es auch einige Tagesordnungspunkte später, als unbesetzte Stellen an den Grundschulen thematisiert wurden. In der letzten Sitzung des Bildungsausschusses standen Probleme im Kreis Dithmarschen im Mittelpunkt, in der heutigen waren Klassenzusammenlegungen in Ostholstein der Anlass zur Beschäftigung mit dem Thema. Jede Regierung hätte dieser Tage Schwierigkeiten mit dem Fachkräftemangel. Aber die Frage muss doch erlaubt sein, ob alle Grundschulklassen in Schleswig-Holstein mindestens die Hälfte ihres Unterrichts durch fertig ausgebildete Grundschullehrkräfte erteilt bekommen und was das Ministerium unternimmt, wenn das nicht der Fall ist. Und unter welchen Bedingungen das Ministerium regelhaft von so einer Lage erfahren würde.

An den meisten Grundschulen im Land wird die Quote deutlich besser sein, aber wir werben dafür, dort besonders hinzusehen, wo das nicht der Fall ist. Landesweit sind 34 Stellen an Grundschulen unbesetzt, auf 450 Stellen sitzen Vertretungskräfte. Wenn sich diese Fälle in eine Region oder Schule häufen und eine Mehrzahl von Stunden durch nicht fertig qualifiziertes Personal erteilt werden muss, muss das Ministerium im Interesse der Schüler und Eltern alle

Herausgeber

SPD-Landtagsfraktion
Landeshaus
Postfach 7121, 24171 Kiel

Verantwortlich:
Heimo Zwischenberger

Telefon Pressestelle 0431-988-13 05
Fax Pressestelle 0431-988-13 08

E-Mail pressestelle@spd.ltsh.de
Web spd.ltsh.de

Hebel in Bewegung setzen, ohne dass die Eltern zuvor an die Presse gehen müssen. Die Ministerin hat zugesagt, das zu tun. Die SPD als verantwortungsvolle Opposition wird das beobachten. Alle Schulen und Eltern, die mit solchen Situationen konfrontiert sind, dürfen sich weiterhin bei uns melden.

Auch im letzten Tagesordnungspunkt ging es um Anspruch und Wirklichkeit. Wer keinen Religionsunterricht erteilt bekommen will, sollte Philosophieunterricht wählen dürfen. Das geht aber längst nicht an allen Schulen. Das fanden Teile der Regierungsfractionen offenbar weniger schlimm als andere.“